

"Runder Tisch" mit scharfen Ecken!

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **164 (1998)**

Heft 6

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Runder Tisch» mit scharfen Ecken!

Mögliche Überschriften wären auch: «Plünderung des Militärbudgets», «Offensichtlich schlechtes Gewissen und Verkäuflichkeit» usw. Es ist verständlich, dass den überaus loyalen Milizverbänden die Geduld ausgeht.

– Bundesrat Villiger glaubte, eine gute Taktik einzuschlagen, als er 1991 mit seiner freiwilligen Reduktion des Militärbudgets und seines Personalbestands begann, dies obwohl er wusste und auch immer wieder betonte, dass die verkleinerte Armee 95 wegen der erforderlichen effizienteren Waffen- und Einsatzsysteme etwa gleich viel Geld benötige wie bisher. Trotzdem auferlegte er seinem EMD bis 1996 als einzigem Departement Kürzungen von real rund 25%, während die Zuwachsraten für die Verkehrsausgaben 50%, für die soziale Wohlfahrt sogar 75% betrugen. Diese freiwilligen Vorleistungen wurden bisher von niemandem honoriert und erzeugten leider nicht die erhoffte Vorbildwirkung, dass auch in anderen Bereichen der Spargang eingeschaltet werde.

– Sein Nachfolger, Bundesrat Ogi, lief leider «folgsam» in den gleichen Fussstapfen weiter. So ergab sich bis 1998 **eine Reduktion der Verteidigungsausgaben um fast einen Drittel**. Schon vor dem Eklat des «runden Tisches» war nämlich der Verteidigungsminister bereit, sein eigenes Departement weiter zu «rupfen». Die Vorgaben des Finanzministers waren für ihn tabu, da es ja dem Staat finanziell schlecht gehe. In keinem Augenblick kamen die Bedürfnisse der Armee ins Spiel, dies auch nicht nach dem Erscheinen des Finanzen erheischenden Berichts Brunner.

Ungerechtes Stabilisierungspaket vom 6./7. April 1998

Nach gründlicher Vorarbeit und Vorgaben des Gesamtbundesrates versammelte der Finanzminister erstmals die Kantone, Spitzen der Wirtschaft, Regierungsparteien und Gewerkschaften zu einem Sanierungsgespräch. Nach einer Marathonsitzung von 12 Stunden «war es geschafft». Aber eben: Nicht der Bundesrat hatte sich durchgesetzt, sondern die Hauptempfänger von Subsidien jeglicher Art. Die SP-Präsidentin hatte allen Grund, über den Erfolg zu jubeln. Die Kantone konnten zufrieden sein, sollen doch den vorgesehenen Beitragskürzungen von 500 Mio. Fr. rund 600 Mio. Fr. Mehrzuweisungen aus der Schatulle der Nationalbank gegenüberstehen. 300 Mio. Fr. sollen bei der AHV gespart werden, indem die Rentenanpassungen nur noch jedes 3. Jahr erfolgen sollen. In Wirklichkeit ergibt sich bei der aktuellen Inflation 0% überhaupt keine echte Einsparung. Nicht viel anders steht es bei der defizitären Arbeitslosenversicherung, wo die Bezüger kein Opfer erbringen müssen, aber die sinnvollen Umschulungsbeiträge gestrichen werden. Die «vereinbarten» Mehreinnahmen sind angesichts der erwarteten Mehrausgaben im Sozialbereich und im Asylwesen nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Statt endlich dort zu sparen, wo seit Jahren die grössten Ausgabenzuwachsraten bestehen, stürzte man sich erneut auf den kaum verteidigten Steinbruch des EMD/VBS und diktierte zusätzliche Einsparungen von **total 1,1 Mrd. Fr.** Warum? Weil keine Bedürfnisse vorhanden sind? Weil das VBS nicht am runden Tisch sass? Nach dem Motto «les absents ont toujours tort» wurde das VBS zu später Nachtstunde ohne jegliche Berücksichtigung seiner Bedürfnisse und Vorleistungen dazu verknurrt, auf weitere 540 Mio. zu verzichten und damit ¼ des gesamten Kompromissbeitrags zu erbringen!

Schlecht verhülltes schlechtes Gewissen

Bundesrat Ogi hat sich um eine Teilnahme am runden Tisch bemüht. Ihm sei aber als Nichtmitglied der Finanzdelegation des Bundesrats die Teilnahme verwehrt worden. Diesen Herrn Eckmann zugeschriebenen Trick erzählte man sich wenigstens in den Wandelhallen des Bundeshauses. Warum man ausgerechnet den Departementsvorsteher, der am meisten unter finanziellem Druck steht, nicht teilnehmen liess, ist ein ... Streich, der nicht durch das Geschäftsreglement zu entschuldigen ist.

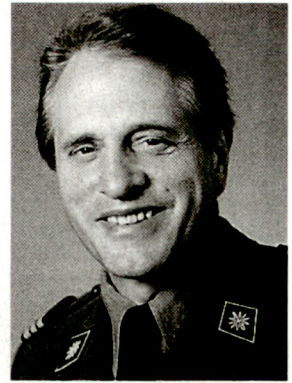
Das schlechte Gewissen regte sich einige Tage später, indem:

a) der Bundesrat unvermittelt dem Sportminister tröstend 60 Mio. für neue Sportanlagen verhiess und

b) ihm bald darauf auch ein unantastbares Globalbudget für das VBS in den Jahren 1999 bis 2001 versprach. Als ob sich der Bundesrat über die Finanzkompetenz des Parlaments hinwegsetzen könnte oder sich das dannzumal zuständige neue Parlament schon jetzt

durch einen solchen Kuhhandel verpflichten liesse!

Der sehr einseitige SP-Politiker Strahm rechtfertigte das Vorgehen der Sparrunde, indem er die Armee als **«volkswirtschaftliche Verschwendung»** abqualifizierte. Frage: Was müssen sich unsere Wehrpflichtigen eigentlich aus diesem Lager noch alles gefallen lassen, nachdem sie vom Ex-SP-Präsidenten schon als «Trachtenverein» verhöhnt worden sind?



Merkwürdige Verteidigungsverantwortliche

■ Sicher sind die Milizkader unserer Armee mitverantwortlich für den Erhalt einer glaubwürdigen Armee. Aber noch viel, viel mehr sind es die zuständigen politischen und militärischen Führer unseres Landes. Offenbar geben viele von ihnen klein bei und akzeptieren, dass nun die Finanzen das einzige massgebende Kriterium für die Armee geworden sind.

■ Dabei sollte doch klar sein, dass so der Handlungsspielraum für die kommende Armee 200X unter Null sinkt, indem:

a) die erkannten Mängel der Armee 95 nicht voll korrigiert werden können,

b) die versprochene neue Ausbildung 95 nicht realisierbar wird, da u. a.

- die Ausbildungsregionen nicht ganz eingerichtet und
- die nötige Zahl an Instruktoren nicht angestellt werden können
- c) die erforderliche Verstärkung der Armee unmöglich wird, dies in den wichtigen Bereichen:

- moderne militärische Informations- und Führungssysteme
- Brigadisierung der Feldarmee
- Beschaffung effizienter Kampfschützenpanzer
- Verstärkung der Artillerie
- internationale Friedensförderung

Bissige Kommentare des Volkes

«Wer hat den Verteidigungsminister derart ausgetrickst und ihn dafür mit Zückerchen in Sport und Globalbudget abgespiesen?»

«Hat der Finanzminister seine früheren Mitstreiter bei der Beschaffung des F/A-18 ganz vergessen? Dies obwohl er gut weiss, was die neue Armee alles braucht?»

«Was sollen die «falschen Allianzen» des runden Tisches bezwecken, dies bei offensichtlicher Schwächung der Landesverteidigung und Kompromittierung der Armee 200X?»

Handlungsbedarf gegen armeefeindliche Tendenzen

Der «runde Tisch» konnte offensichtlich von der SP für ihre Zwecke ausgenutzt werden. In ihrem unverhohlenen Triumphgeheul bekannte die Parteipräsidentin, dass die «eigenen Erwartungen übertroffen» worden seien und daher der Sparartikel für das «Haushaltsziel 2001» von der SP nicht mehr unterstützt werde.

Dieser Eklat passt bestens zur laufenden Umverteilungsinitiative (Halbierung der Militärausgaben) und der neuen Armeeschaffungsinitiative aus der gleichen Ecke. Die Reduktion der Militärausgaben von 1990 bis 2001 real um 40%, der Rüstungsausgaben um über 50% (**total 9 Mrd. = 2 Jahresetats**) verunmöglicht den Aufbau einer modernen Armee 200X und erfüllt die Umverteilungsinitiative, bevor das Volk darüber abstimmen konnte.

Aufruf an die Parlamentarier

Es war zu erwarten, dass sich der Gesamtbundesrat aus «Loyalität» hinter den fragwürdigen Kompromiss vom 6./7. April stellen werde. Die Parlamentarier in den Kommissionen und in den eidgenössischen Räten werden daher ihre Verantwortung gegenüber der Landesverteidigung selber wahrnehmen und den rechtlich dubiosen Moratoriumsbeschluss kritisch prüfen müssen. Er ist nämlich keineswegs politisch, wirtschaftlich und sozial so ausgewogen, wie er es behauptet. Im Gegenteil zeigt sich, dass in der «Nacht der langen Messer» keine gerechte Belastung zustande kam, d. h. die Regierung im Ausdauermarathon «einbrach». **Die Zukunft unserer Sicherheitspolitik darf jedoch nicht durch solche taktische Zufallsentscheide beeinträchtigt werden.**

Oberst i GSt Charles Ott